

Salzburg, am 15.2.2026

PRESSEAUSSENDUNG

Scharfe Kritik an einseitiger Berichterstattung – Naturschutz darf nicht Zielscheibe medialer Hetze werden

Mit großer Besorgnis nehmen wir die jüngsten Artikeln von den Salzburger Nachrichten zur Kenntnis (12.2.2026 „Warum Krimml zwei Holunder pflanzen muss“ und 14.2.2026 „Der Naturschutz braucht Hausverstand statt Holler“).

In diesen Beiträgen wird Naturschutz am Beispiel einzelner Maßnahmen rund um Holunderpflanzungen in Krimml in einer Weise dargestellt, die die Arbeit im Rahmen des Naturschutzes verzerrt, verkürzt und ins Lächerliche zieht. Die Art und Weise der Berichterstattung lässt erhebliche Zweifel aufkommen, ob hier die Grundsätze des Ehrenkodex für die österreichische Presse eingehalten wurden. Statt sachlicher Information entsteht ein Zerrbild, das Ressentiments schürt und den Eindruck vermittelt, Naturschutz sei ein überzogenes Hindernis, das wirtschaftlichen Entwicklungen im Weg steht – und das mit Behauptungen, die verzerrt und unsachlich dargestellt werden. Diese Form der Darstellung verschärft bewusst die Fronten und trägt zu einer aufgeheizten Stimmung bei.

So werden zum Beispiel Schutzgebiete nicht nach den Wünschen einzelner Bürgermeister oder nach wirtschaftlichen Einzelinteressen (Beispiel Chaletsiedlung in Krimml) ausgewiesen. Sie beruhen auf fachlichen Bewertungen und dienen dem Lebensraum- und Artenschutz im Interesse der Allgemeinheit. Übrigens hat das Land Salzburg selbst den Nationalpark Hohe Tauern als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen – und nicht wie im Artikel behauptet von Brüssel aufgezwungen.

Salzburg lebt von seiner Natur. Wer sie zum kurzfristigen Spielball politischer Auseinandersetzungen macht, riskiert mehr als einzelne Projekte – er riskiert das Fundament unseres Landes. Naturschutz ist kein Luxus. Er ist Verantwortung gegenüber kommenden Generationen und eine Investition in die Zukunft und für die Wirtschaft unseres Landes.

Neue Dimension der Diffamierung

Besonders alarmierend ist, dass die mediale Zuspitzung nun eine neue Dimension erreicht hat: Kritik an Behörden ist selbstverständlich legitim und Teil der demokratischen Kontrollfunktion der Medien. In einer funktionierenden Demokratie darf es aber nicht zur Normalität werden, dass eine Beamte öffentlich an den Pranger gestellt wird, nur weil sie geltendes Recht vollzieht. Dass diese Artikel ausgerechnet an besonders reichweitenstarken Erscheinungstagen (Donnerstag und Samstag)

veröffentlicht wurden, verstkt den Eindruck, dass hier nicht in erster Linie sachliche Information, sondern öffentliche Zuspitzung gesucht wurde.

Naturschutzbeauftragte handeln nicht nach persönlichem Geschmack, sondern auf Basis demokratisch beschlossener Gesetze und fachlicher Kriterien. Einzelne Maßnahmen – wie die Pflanzung oder Erhaltung bestimmter Sträucher – sind niemals isoliert zu betrachten. Sie stehen im Kontext gesetzlicher Vorgaben, ökologischer Zusammenhänge und fachlicher Bewertungen. Beamtinnen und Beamte sind dem Gesetz verpflichtet – nicht parteipolitischen Interessen oder medialem Applaus. Wenn pflichtgemäßes Handeln öffentlich diffamiert wird, sendet das ein fatales Signal an alle, die im Landes- oder Staatsdienst stehen: Rechtsstaatlichkeit gilt offenbar nur, solange sie niemandem unbequem ist.

Eine lebendige Demokratie lebt von kritischer Berichterstattung – aber ebenso von Verantwortung.

Werden unbelegte Vorwürfe wiederholt, komplexe Sachverhalte verkzt dargestellt und Einzelpersonen öffentlich herabgewürdigt, entsteht ein Klima der Verunsicherung und Polarisierung. Das schwkt nicht nur den Naturschutz, sondern das Vertrauen in Institutionen insgesamt.

Naturschutz braucht Sachlichkeit, Differenzierung und Dialog – nicht Polemik. Pauschale Abwertungen oder die Darstellung komplexer Verfahren als Schildbürgerstreiche tragen nicht zu Lösungen bei. Sie schren vielmehr ein falsches Bild von engagierten Fachleuten, Ehrenamtlichen und Behorden, die im Rahmen geltender Gesetze handeln.

Naturschutz ist ein gesellschaftlicher Auftrag – kein politisches Feindbild

Naturschutz ist kein ideologisches Projekt. Er ist gesetzlich verankert und bildet die Grundlage für Lebensqualität, wirtschaftliche Stabilität und den nachhaltigen Erfolg unseres Landes. Regionen wie der Nationalpark Hohe Tauern stehen international für Qualität, Glaubwürdigkeit und Verantwortung. Wer den Schutzgedanken systematisch relativiert, riskiert langfristig genau jene Werte, von denen Salzburg wirtschaftlich profitiert.

Wir fordern daher eine Rückkehr zu einer sachlichen, faktenbasierten Berichterstattung im Sinne des Ehrenkodex der sterreichischen Presse. Kritik ist legitim – persönliche Diffamierung und das Schren von Ressentiments sind es nicht.